

Budgetberatung.

## W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 17. Dezember 1930.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 17'15 Uhr. Zur Verhandlung gelangt die Verwaltungsgruppe III des Voranschlages das ist "Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen", worüber Stadtrat Dr. Tandler berichtet.

St. R. Tandler gibt zunächst einen Überblick über die bevölkerungspolitischen Verhältnisse so in Wien. Was zunächst das Verhältnis zwischen Geburten und Sterblichkeit betrifft wurden im vergangenen Jahre 18.410 Lebendgeborene gezählt, denen 26.679 Todesfälle gegenüberstanden, das heisst der Bevölkerungsstand Wiens hat im vergangenen Jahre um 8.269 Menschen abgenommen, das ist, wenn man von den Kriegsjahren absieht, die grösste Abnahme in der Nachkriegszeit. Nachdem bis zum 30. Oktober d. J. vorliegenden Daten scheint auch für das laufende Jahr eine ausschlaggebende Besserung nicht zu erwarten zu sein. Im Jahre 1910 waren 44.000 Lebendgeburtten und 33.000 Todesfälle, im Jahre 1920 27.000 Lebendgeburtten und 34.000 Todesfälle zu verzeichnen. Von dieser Zeit geht ununterbrochen die Geburten und Sterblichkeit zurück, doch ist der Rückgang der Geburten viel grösser als der der Sterblichkeit, woraus sich klar ergibt, dass das Bevölkerungsdefizit ununterbrochen steigt. Die wirtschaftliche Voraussage für die nächsten Jahre wird, soweit es sich um die Einstellung der Menschen in die Arbeit handelt, durch den Rückgang der Geburten sicher beeinflusst. Es werden immer mehr Menschen dadurch, dass die Alten absterben und weniger geboren werden, bei sonst gleichbleibenden wirtschaftlichen Verhältnissen mit grosser Wahrscheinlichkeit Anspruch auf Arbeit erheben können. So gesehen wäre die Prognose also eine günstige. Andererseits wird aber die ungeheure Welle der Arbeitslosigkeit, die heute durch die gesamte Menschheit geht, einen weitgehenden Rückschlag in der Gesamtgesundheit des Volkskörpers bewirken. In Jahren wird sich beispielsweise die Zahl der Tuberkulosefälle vermehren, denn dann wird sich die Unterernährung der heutigen Zeit an unseren Kindern rächen. Dazu kommen eine Reihe anderer Verfallserscheinungen nicht nur durch die Unterernährung sondern auch durch die Beschäftigungslosigkeit. Es haben daher gerade die Bevölkerungspolitiker ein brennendes Interesse daran, die wirtschaftliche Depression nach Möglichkeit abzukürzen, wobei man sich nicht darüber täuschen darf, dass unter den vielen Arbeitslosen, die es heute gibt, eine grosse Anzahl kaum mehr zur Arbeit zurückkehren wird und so

.....  
 eine dauernde, <sup>materielle</sup> aber auch ethische Belastung unseres Volkes darstellt. Die sinkende Sterblichkeit ist zurückzuführen auf die weitabgesunkene Kindersterblichkeit, auf die Austilgung der akuten Säuchen und auf eine Reihe anderer sozialer Momente. Sie bringt aber eine merkwürdige Gefahr, die Vergreisung des Volkes mit sich. Im Jahre 1910 gab es in Wien bei rund zwei Millionen Menschen 148.000 über 60 Jahre, im Jahre 1929 167.000 über 60 Jahre, obwohl wir mehr als 200.000 Menschen abgegeben haben. Davon waren im Jahre 1910 81.000, im Jahre 1929 117.000 Wiener. Das bedeutet, dass die Verpflichtungen und Beanspruchungen unserer Altersversorgung ununterbrochen steigen, ein Umstand, der sich in dem Anwachsen der Zahl der Sozialrentner ausdrückt, deren es im Jahre 1910 43.000, im Jahre 1930 aber 58.000 gab.

Die Analyse der Todesarten zeigt nach der einen Seite eine erfreuliche Abnahme nach der anderen Seite eine bedrohliche Zunahme. Im Jahre 1900 sind 34.000 Menschen gestorben, unter ihnen 2.251 an Krebs, 7.776 an der Tuberkulose und 2.784 an Herz- und Gefässerkrankungen. Im Jahre 1929 sind 26.000 Menschen gestorben, davon 3.639 an Krebs, 3.364 an der Tuberkulose und 6.025 an Herz- und Gefässerkrankungen. Das heißt, heute überwiegt schon der Krebs den Tuberkulosestod, und die Abbrauchkrankheiten des Lebens, die Erkrankungen des Herz- und Gefäßsystems haben eine bisher nie erreichte Höhe erreicht. Die Menschen werden sich entschliessen müssen, einen anderen Lebenswandel zu beginnen, sie werden andere Formen geistiger und körperlicher Arbeit suchen müssen oder sie werden an dem Abbrauch ihrer eigenen Gefäße zugrunde gehen. Die ungeheure Zunahme dieser Erkrankungen ist schon deshalb bedrohlich, weil wirklich wirksame Mittel gegen sie nicht zur Verfügung stehen.

Die Säuglingssterblichkeit ist auf derselben Höhe geblieben, die Kleinkindersterblichkeit, die in der Vorkriegszeit 21 pro mille betrug ist im Jahre 1930 auf 8 pro mille gesunken, die Schulkindersterblichkeit von 4 pro mille auf 2 pro mille die Kleindertuberkulosesterblichkeit von 5 pro mille auf 2 pro mille. Infolge der abgesunkenen Geburtenzahl bleibt aber die Zahlen der Kinder hinter der Vorkriegszeit weit zurück. Im Jahre 1913/14 betrug der Zuwachs an Schulkindern, das sind die 6jährigen rund 25.000, im Jahre 1929/30 nur 11.000. Es werden daher in acht weiteren Jahren kaum 10.000 Kinder die Schule verlassen, die in das Erwerbsleben eintreten, sodass, wie schon erwähnt von diesem Gesichtspunkt aus, die Prognose eine günstige ist, während eine gewisse Gefahr darin liegt, dass gerade Qualitätsarbeit immer schwieriger wird geleistet werden können.

In der offenen Fürsorge haben wir uns bemüht und werden wir uns auch weiter bemühen, den Goldbezug durch Naturalbezug zu ersetzen, wodurch die Verlockung zu einer abwegigen Verwendung des Geldes verringert wird. Wir bringen dieses System auch bei der Unterstützung der

Arbeitslosen zur Anwendung und die letzte Aktion der Gemeinde ist auch in diesem Sinne abgeändert worden. St. R. Tandler dankt in diesem Zusammenhang allen Personen, die in der Fürsorge tätig sind von seiner Stelle als Berichterstatter bestens für ihre Arbeit, die angesichts der Verbitterung der Menschen in der heutigen Zeit gewiss keine leichte ist. Die Zahl der Pflöglinge, die sich in der geschlossenen Fürsorge befinden, hat sich im Grossen und Ganzen gegenüber früher nicht geändert, nur sind heute viel mehr Wiener in den Wiener Anstalten untergebracht als früher, was sich aus der Auflöassung der Anstalt in Ybbs als Fürsorgeanstalt und ihrer Verwändlung in eine Irrenanstalt erklärt. Am 1. Jänner wird der Pavillon 8, der in einem Belagpavillon für Geistessieche verwandelt wurde, eröffnet und so der Steinhof entlastet werden. Die Zahl der für die Obdachlosen bereitgestellten Betten beträgt 2640, wozu/Reserveplätze eine Wärmestube in der Puchsbaumgasse und das aufgelassene Lehrlingsheim in der Franzensbrückenstrasse kommen, sowie weitere fünf Wärmestuben.

Wir haben uns im vergangenen Jahre bemüht, die manipulative Arbeit in den Jugendfürsorgeämtern zu vereinfachen, zu vereinheitlichen und so in den einzelnen Instituten gleich zu gestalten, da es sich als schädlich erwiesen hat, dass in den einzelnen Bezirken mit verschiedenem Mass gemessen wird. In allen Bezirksjugendämtern befinden sich 60.000 befürsorgte Kinder, von denen nur 80 Prozent nach Wien zuständig sind. Alle anderen sind entweder nach Oesterreich zuständig oder und zwar 8 Prozent Ausländer. Wir bemühen uns, die Kinder nach Möglichkeit von den Anstalten fernzuhalten und sie entweder in Familien, oder wo das nicht möglich ist, in <sup>den</sup> Ersatzfamilien unterzubringen. Mehr als 30 Prozent der Kinder, die in der bleibenden Fürsorge der Gemeinde sind, mussten infolge der Trunksucht ihrer Eltern dorthin kommen und das sind gerade die Fälle schwerster Verwahrlosung. Die Zahl der Kindergärten wurde im letzten Jahre vermehrt, eine weitere Vermehrung wird im nächsten Jahre stattfinden. Die Zahl der im Jahre 1930 ausgegebenen Wäschepakete beträgt 11.360. Die Zahl der städtischen Mutterberatungsstellen ist 35 und zwar wurden sie im Monatsdurchschnitt von 20.000 Besuchern besucht. Die Schulzahnkliniken sind in Fortentwicklung begriffen. Sie wurden im Jahre 1929 von 137.000 besucht, im Jahre 1930 schon im ersten Halbjahre von 88.000, sodass sich mit Ende des Jahres 1930 zweifellos die Ziffer der jährlichen Besucher auf 170.000 erhöhen wird. In kurzer Zeit werden wohl alle Wiener Kinder von der Schulzahnkliniken erfasst sein. Ganz besondere Erfolge zeigt unsere augenärztliche Zentrale. Sie wurde vom 1. Jänner bis 1. August 1930 von 4.487 Kindern besucht.

St. R. Tandler gibt sodann einen Ueberblick über die Infektionskrankheiten im vergangenen Jahre. Wir hatten im vergangenen Jahre wieder eine Scharlach- und eine Diphtherieepidemie. Im ganzen war die Scharlachepidemie, die ja heute noch fortwirkt in ihrem Umfange sehr ausgedehnt,

.....  
 die Erkrankungen waren aber zum allergrössten Teil sehr milder Natur, was sich schon daraus ergibt, dass beispielsweise im Jahre 1918 2.800 Scharlach-<sup>in</sup>erkrankungen/219 Fällen tödlich verliefen, während im Jahre 1930 unter 5.693 Erkrankungen nur 53 Todesfälle zu verzeichnen waren. Auch die Diphtherie fordert natürlich noch ihre Todesopfer, aber nicht mehr in jenem Ausmass wie früher. Die Tuberkulosefürsorgestellen, die im Jahre 1929 auf 12 vermehrt wurden, wurden von 53.000 Menschen besucht. Ausser diesen Anstalten besitzen Privatvereine noch 7 und die Krankenkassen noch 5 Stellen, womit das Auslangen gefunden werden kann. Auch die Wassermannstationen haben Erfolg zu verzeichnen. <sup>auf</sup> Hauptsächlich ist/das psychologische Milieu, die ununterbrochene Aufklärung und die Konzentration der Gedanken der Menschen auf die Möglichkeit die Krankheit zu erkennen und zu heilen der unglaubliche Rückgang der Syphilis zurückzuführen. Wenn man bedenkt, dass heute mehr als 25 Prozent der Ausgaben der Gesundheitspflege auf die Bekämpfung und Heilung dieser Krankheiten entfällt, so ~~wird~~ man erkennen, was ein so rapider Rückgang dieser Krankheit für unsere Nachkommen bedeutet.

Die Beratungsstellen für Nerven- und Gemütskranke erhalten sich <sup>ungefähr</sup> in demselben Ausmass wie früher. Wir bemühen uns natürlich, möglichst viel Kranke der familiären Fürsorge zu übergeben. Doch ist dies in einer Grosstadt nicht so leicht möglich. Das Erlangensche System, nach dem man trachtet soll, möglichst viel Geisteskranke auf das Land hinaus zu bringen und sie Landbewohnern anzuvertrauen, konnten wir nur in Ybbs mit Erfolg anwenden, in Wien ist das ganz unmöglich. Das ist umso trauriger, als in der Nachkriegszeit die Zahl der Geisteskrankheiten einen solchen Aufstieg zu verzeichnen hat, wie nur noch die Erkrankungen des Herz- und Gefässsystems. Wir kommen mit der Anstalt in Ybbs, obwohl sie seinerzeit nur 700 Betten hatte, und heute 1600 Betten hat, absolut nicht nach und es wird eines der schwierigsten Probleme der Wohlfahrtspflege sein, in Zukunft alle diese Geisteskranken zu versorgen.

Tandler  
 St. R. berichtet sodann, dass der Bau der Grosskampfbahn des Stadions der Vollendung entgegengieht und teilt mit, dass Fachmänner aus verschiedenen Ländern das Stadion besichtigt und ihre Zufriedenheit über die Anordnung und den Bau geäussert haben.

St. Tandler machte sodann Mitteilungen über die Errichtung eines Institutes für Strahlenbehandlung im städtischen Krankenhaus in Lainz.

Die folgenden drei Bogen mit der Überschrift "Der Kampf der Gemeinde Wien gegen den Krebs. Ankauf von 5 Gramm Radium. - Errichtung eines Institutes für Strahlenbehandlung im städtischen Krankenhaus in Lainz geben diese Mitteilungen Stadtrat Tandler wieder.

Der Kampf der Gemeinde Wien gegen den Krebs.

Ankauf von 5 Gramm Radium. - Errichtung eines Institutes für Strahlenbehandlung im städtischen Krankenhaus in Lainz.

Am Beginne meiner Darlegungen habe ich gezeigt, dass die Zahl der Sterbefälle in unserer Stadt im ununterbrochenen Abstieg ist, habe allerdings auch zeigen müssen, dass die Zahl der Geborenen ebenfalls, und zwar rascher sinkt als die der Gestorbenen. Was da Bevölkerungspolitisch zu erschliessen ist, habe ich ebenfalls einleitend auseinandergesetzt. Die Analyse der Sterblichkeitsursachen aber zeigt eine nicht unbeträchtliche Verschiebung innerhalb der verursachenden Momente. Im Jahre 1900 starben 34.303 Menschen in unserer Stadt; davon 2.251 an Krebs, 7.776 an der Tuberkulose und 2.784 an Erkrankungen des Gefässsystems. Im Jahre 1920 starben 33.483 Menschen, davon 2.423 an Krebs, 7.464 an der Tuberkulose und 5.702 an Erkrankungen des Herzens. Im Jahre 1925 starben an Krebs bereits 3.084, an der Tuberkulose 3.666 und an Herz- und Gefässkrankheiten 5.032 Menschen bei einer Gesamtsterblichkeit von 24.484. 1929 starben 26.681 Menschen, unter ihnen 3.639 an Krebs, 3.364 an der Tuberkulose und 6.025 an Herz- und Gefässkrankungen.

Der Vergleich dieser Ziffern lehrt auf der einen Seite vor allem seit dem Jahre 1920 den erfreulichen Abfall der Tuberkulosesterblichkeit von 7.400 im Jahre 1920 auf 3.300 im Jahre 1929, zeigt andererseits aber einen kontinuierlichen Aufstieg der Sterbeziffer an den Krankheiten des Gefässsystems. Dieser Aufstieg ist wohl unzweifelhaft zum Grossteil zurückzuführen auf unsere Lebensart, ist Symptom der Irrationalität unseres Daseins, der elenden Arbeits- und Lebensbedingungen, Ueberspannungen des Gefässsystems, Ueberspannungen des Nervensystems, sie zeigen den ungeheuren Abbrauch unserer Kräfte durch unsere Lebensart.

Ganz anders beim Carzinom. Hier sehen wir ebenfalls ein ununterbrochenes Aufsteigen der Sterblichkeit, die kaum als Folge veränderter Lebensart angesehen werden kann. Dabei tappen wir vollkommen im Dunkeln, wenn wir uns mit der Frage beschäftigen, auf welche Ursachen der Krebs überhaupt, die Entstehung und Entwicklung des Krebses zurückzuführen ist. Ich möchte mich auf diese Frage ebensowenig wie auf jene einlassen, ob die Krebskrankheit nur deshalb gehäufter erscheint, weil unsere Untersuchungsmethoden besser geworden sind oder weil die Menschen viel häufiger jenes Lebensalter erreichen, in dem das Carzinom häufiger vorkommt, oder ob es sich schliesslich wirklich um ein gehäuftes, geradezu epidemisches Auftreten dieser furchtbaren Krankheit handelt. Jedenfalls ist der verantwortliche Verwalter des Wohlfahrtswesens verpflichtet, sich mit der Frage der Carzinombekämpfung zu beschäftigen, und dies umsomehr, als wissenschaftliche Erfahrungen immer deutlicher zeigen, dass auch der Krebs immer häufiger der Heilung zugeführt werden kann, je rechtzeitig die Krankheit erkannt wird. Ich habe natürlich kein Recht, Kritik an den therapeutischen Wegen, die bis nun eingeschlagen wurden, zu üben, habe aber die Pflicht,

.....  
sie zu beobachten und die Krebsheilung nach Möglichkeit zu unterstützen. Neben der blutigen Entfernung krankhafter Neugebilde durch die Chirurgie oder durch das Messer des Chirurgen ist im Laufe der letzten Jahre eine zweite Methode der Beeinflussung solcher Neugebilde, die Beeinflussung durch die Strahlen-Therapie, zu immer grösseren Erfolgen gekommen. Gerade die Radiumbehandlung kombiniert mit der Röntgenbehandlung und mit dem chirurgischen Eingriff haben besondere Erfolge gezeitigt. Schon vor vier Jahren habe ich versucht, auch hier in Wien die systematische Bekämpfung des Carzinoms zu fördern. Die Ungunst der Verhältnisse hat die Verwirklichung verzögert. Im Sommer des Jahres 1930 ist es schliesslich gelungen, in aussichtsreiche Unterhandlungen mit der Union Miniere in Brüssel zu treten, die den Ankauf von 5 Gramm Radium ermöglichen, und ich werde den zuständigen Körperschaften die notwendigen Anträge stellen. Die Menge von 5 Gramm Radium ist so gross, dass sie uns zu der Annahme berechtigt, dass wir mit ihr eine zeit- und kunstgerechte Behandlung der bösartigen Geschwülste durchführen können. Der Besitz dieser grossen Radiumquantität und die bei den grossen Unternehmen geplante Errichtung eines Institutes für Strahlentherapie samt dazugehöriger Organisation wird uns ermöglichen, eine wirklich systematische Bekämpfung des Carzinoms durchzuführen, ähnlich wie dies heutzutage nur in den berühmten Radium hemmet in Stockholm geschieht. Ich selbst habe dieses Institut besucht. Das dort Geschehene und lange Auseinandersetzungen mit Forsell und dessen Mitarbeitern haben in mir die Ueberzeugung gefestigt, dass es unsere Pflicht ist, die Krebsbekämpfung in den Rahmen unserer Wohlfahrtspflege einzubauen. Ich danke bei dieser Gelegenheit Professor Forsell und dessen Mitarbeitern für die ausgezeichneten Ratschläge und für die Bereitwilligkeit, uns zu helfen. Augenblicklich studieren zwei unserer Aerzte an dem Radium-Institut, um für Wien ausgebildet zu werden, und ausserdem hat sich Professor Forsell bereit erklärt, uns einen ganz ausgezeichneten, von ihm selbst Jahre hindurch ausgebildeten Arzt zur Verfügung zu stellen. Auch Professor Stefan Meier vom Wiener Institut für Radiumforschung hat uns in dankenswerter Weise unterstützt. Allerdings ist noch sehr viel zu leisten. Vor allem haben wir in Wien keine Erfahrungen über die zweckdienlich grossen Radiumdosen. Dazu müssen auch Aerzte durch Monate ausgebildet werden. Wir hatten auch kein Gebäude zur Verfügung. Daher war, sollten wir die ganze Angelegenheit nicht auf Jahre hinaus verzögern, die Verwendung eines bereits bestehenden Gebäudes notwendig. Ein solches Gebäude aber konnte nur durch die Vollendung des neuen Tuberkulosenpavillons im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz gewonnen werden. Der neue Bau ist vollendet, die Besiedlung ist durchgeführt und nun können wir darangehen, die Räume bereitzustellen, die Apparate einzubauen, die Organisation zu schaffen. Ich war mir von allem Anfange an klar, dass der früheste Termin zur Eröffnung des Strahlen-Institutes im April 1931 sein wird. Ich sage das mit allem Nachdruck, damit nicht die Hoffnung genährt werde, man könne sofort, wenn Radium zur Verfügung steht, auch schon die Behandlung beginnen. So lieb uns allen das wäre, ist ein früherer Termin als der angeführte nicht möglich.

Gemeinderatssitzung vom 17. Dezember 1930.

.....  
Das Institut für Strahlenbehandlung wird im Lainzer Krankenhaus errichtet; es soll nicht nur den Wienern, sondern unter gewissen Bedingungen jedermann zur Verfügung stehen. Es soll aber auch nicht nur ein einfacher Heilbehelf sein, sondern auch der Forschung offenstehen. Gleichzeitig soll es Schlüsselpunkt unserer gesamten Organisation zur Bekämpfung des Carzinoms sein. Wir rechnen auf die Mithilfe der Aerzte und aller Behörden. Wir hoffen, dass das neue Institut tausenden Unglücklichen helfen wird. Wir hoffen auch, den alten Glanz der medizinischen Schule in Wien wieder aufzufrischen und der Welt zu zeigen, dass tätige Menschenliebe und Wissenschaft, dass Kultur in dieser alten Stadt noch immer lebt und Früchte trägt. Im friedlichen Wettkampfe der Völker wollen wir uns bewähren. Der Krieg hat uns um einen grossen Teil unseres materiellen Besitzes gebracht, unseren Kulturbesitz aber kann er nicht schmälern, solange hier in Wien Liebe zur Kunst und Wissenschaft und friedliche Hilfsbereitschaft ihre alte Heimat behalten. (Stürmischer, langanhaltender Beifall).

.....  
 Anmerkung: Die drei vorangehenden Bogen, die die Mitteilungen des Professor Tandlers über die Krebsbekämpfung sind unnummeriert. Es sind die Bogen V, VI und VII mit den fortlaufenden Nummern 967, 968 und 969.  
 .....

Da die Abstimmung über die Verwaltungsgruppe I gestern nicht mehr vorgenommen wurde, erfolgt sie nunmehr. Die Positionen der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform werden mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt. Die Anträge Wawerka auf Schaffung einer Lehrerpersonalvertretung, betreffend die Rückwirkung einer Stufenvorrückung bzw. Gehaltssteigerung auf die Pensionsparteien, auf Gewährung einer Personalzulage für die Lehrerheimkehrer, auf Einsetzung einer Schulleiterernennungskommission, die Anträge Schlösinger betreffend die Röhung von Lehramtsanwärtern und die Vorrückung von Religionslehrern, werden abgelehnt, die Anträge Wawerka auf Einführung neuer Lehr- und Lesebücher unter Mitwirkung von Lehrpersonen, auf Aenderung des Lehrerdienstgesetzes, betreffend Supplierungen für Bezirksaushilfslehrkräfte, auf Errichtung einer eigenen Verwaltungsgruppe für Schulwesen, die Anträge Stöger auf Beiziehung auch der Gewerkschaften der Minderheit zu allen Lohnverhandlungen und auf Wahl der Mitglieder der Personalkommission und der Antrag Gschladt, betreffend den Abzug der Beiträge für den Verband der städtischen Angestellten, werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

In der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung spricht zunächst GR. Proyer (E. L.) Er erklärt, dass die Gemeinde die Pflicht habe, für die Arbeitslosen in grösstem Ausmass zu sorgen, da die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Gemeinde an Not und Elend mitschuldig ist. Es muss festgestellt werden, dass auch das Wohlfahrtswesen und die soziale Fürsorge vom parteipolitischen Einflusse, natürlich zu gunsten der sozialdemokratischen Partei, nicht frei ist. Nicht Sachlichkeit, noch Objektivität sind entscheidend, ausschlaggebend ist nur das parteipolitische Interesse. So ist auch in der offenen Fürsorge der parteipolitische Einfluss entscheidend. Die ganze Fürsorge dient vornehmlich bei den Wahlen parteipolitischen Zwecken für die Sozialdemokraten. Während bei der letzten Wahl mit Wahlzetschkenknödeln gearbeitet wurde, waren es heuer Lebensmittelpakete mit Gansel und Würfelzucker, die den Leuten ins Haus zugestellt wurden. Eine solche Wahlkassierung ist ein Skandal. Die Leute wurden auch zu Jausen eingeladen, und zwar waren es diejenigen Personen, die im Fürsorgeinstitut im Stande geführt werden. Sie haben bei diesen Jausen auch gleich den sozialdemokratischen Stimmzettel erhalten. Es ist eine Schande für eine Partei zu derartigen Mitteln Zuflucht zu nehmen. Das gleiche gilt für die geschlossene Fürsorge. Während früher im Versorgungsheim in Lainz die alten Leute Ruhe und Frieden hatten, sind sie heute den verschiedensten Quälereien ausgesetzt. Die alten Leute werden beobachtet, ob sie in die Kirche gehen und so weiter. Bei Wahlen werden sie unter allen möglichen Drohungen beeinflusst, für die sozialdemokratische Partei zu stimmen. Bei der letzten Wahl wurden sogar alte Leute, die im Sterben lagen, ins Wahllokal getragen. Den alten Bürgern wurde das Bürgerversorgungshaus mit Gewalt weggenommen. Sie werden



auf das unglaublichste behandelt. Die Verköstigung im Versorgungsheim Lainz ist gerade auch nicht glänzendste. Statt mit Fleisch werden die alten Leute mit Dörrgemüse verköstigt. Sehr viel zu wünschen übrig lässt auch die Erhaltung der Kirche im Versorgungshaus Lainz, deren Fassade schon ganz heruntergefallen ist. Da die Mehrheit für Kirche und Religion nichts übrig hat, wird die Pflicht, auch die Kirche zu renovieren, vollständig vernachlässigt. Die schärfste Kritik muss daran geübt werden, dass die Mütter, deren Kinder durch das Wiener Jugendhilfswerk aufs Land geschickt worden sind, einen "Von einer Mutter" unterzeichneten Brief vor der Wahl bekommen haben, in dem die christlichsoziale Partei als Umsturzpartei bezeichnet wurde und die Mütter aufgefordert wurden, am 9. November sozialdemokratisch zu wählen. Den Briefen ist natürlich auch der sozialdemokratische Stimmzettel beigelegt. Es wäre interessant zu wissen, wer der sozialdemokratischen Partei die Adressen dieser Mütter zugestellt hat. Was hier geschehen ist, ist ein Misbrauch aller ärgster Art. Jeder Mensch würde es begrüßen, dass die Säuglingswäsche an arme Mütter ausgegeben wird. Das ist sogar Pflicht der Gemeinde. Unter den Müttern aber, die die Säuglingswäsche erhalten haben und erhalten, sind viele Wohlhabende. Wenn Sie die Säuglingswäsche nur den armen Müttern geben würden, könnten Sie vieles ersparen und das Ersparte käme dann wieder den Armen zugute. Wenn sich Professor Tandler auf den verschiedensten Gebieten der Fürsorge um Fortschritte bemüht, so möge er sich doch endlich auch bemühen, die Parteipolitik im Fürsorge- und Wohlfahrtswesen aus der Welt zu schaffen und an ihre Stelle ein System der Objektivität und Sachlichkeit zu setzen. Solange das Fürsorgewesen vom parteipolitischen Einfluss beherrscht wird, solange werden wir den Voranschlag für diese Verwaltungsgruppe ablehnen. (Beifall).

GR. Prinke (E. L.) erklärt, dass im Wohlfahrts- und Fürsorgewesen ganz besonders auf dem Gebiete für Sport und Körperkultur der parteipolitische Einfluss zu beobachten ist. Die ungerechte Verteilung der Subventionen an Sportorganisationen sei hierfür der beste Beweis. Von den 75.000 Schilling, die die Subventionen ausmachen, erhalten der Askö und andere sozialdemokratische Organisationen 59.000 Schilling, während die bürgerlichen Organisationen mit 16.000 Schilling abgespeist werden. Die gleiche politische Einstellung zeigt sich auch bei der Vergebung von Bädern. So wurden die Bäder Nussdorf und Stadlau um einen Pachtzins von jährlich 50 Schilling an den Arbeiter Schwimmverein vergeben, während die bürgerlichen Vereine leer ausgehen. Notwendig sei es auch schon, die sportlichen Veranstaltungen endlich einmal von allen Steuern zu befreien. Der Redner kritisiert dann, dass der Sportbeirat der Gemeinde Wien monatelang nicht einberufen werde, was einer gänglichen Bagatellisierung dieser für den Sport so wichtigen Stelle gleichkommt. GR. Prinke befasst sich sodann mit der Fürsorge für die Arbeitslosen. Mehr als 30.000 Arbeitslose sind auf die Armenfürsorge angewiesen und 4000 bis 5000 Menschen werden überhaupt keine Arbeit mehr finden können. Zu dieser Frage wird die Gemeinde endlich einmal Stellung nehmen müssen und es hätten für diesen Zweck grössere Mittel eingestellt werden müssen. Die jetzt zu Weihnachten gegebenen Aushilfen sind so bescheiden, dass sie keine wirkliche Hilfe bedeuten. Und auch auf dieses Gebiet greift die

Partei politik über. Eine Wärmestube in Simmering wurde aufgelassen, weil man das Lokal für die sozialdemokratische Jugendorganisation benötigte. Bei Ihnen ist oben in allem die Partei politik massgebend. Sie können daher nicht verlangen, dass wir zu Ihrer Verwaltung Vertrauen haben (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR Hörmayer (E.L.) kritisiert, dass im heurigen Jahre trotz des schrecklichen Anwachsens der Not um 125.000 Schilling für die Bedürftigen weniger eingesetzt ist als im Vorjahre. Das von St.R. Tandler den Fürsorgefunktionären ausgesprochene Dank gebührt wirklich nicht allen diesen Funktionären. Denn auch in der Fürsorge, wo es sich um die Aermsten der Armen handelt, wird Partei politik getrieben. Es kommt sehr oft vor, dass Neuverleihungen von Unterstützungen an Leute, die nicht sozialdemokratisch gesinnt sind, monatelang hinausgeschoben werden. Diese Methode hat man namentlich zur Wahlzeit praktiziert. Es gibt Fürsorgeräte, die in dem Bezirk in welchem sie amtieren, gar nicht wohnen. Im XX. Bezirk sind christlichsozialen Fürsorgeräten Rayons zugewiesen, wo überhaupt kein Haus steht. So kommt es häufig zu Mandatsniederlegungen. Es gibt sogar Fürsorgeräte, die gar nicht in der Wählerliste vorkommen. Auch in den Fürsorgeinstituten wird Partei politik getrieben. So trage zum Beispiel eine in den Händen des Redners befindliche Einladung eines sozialdemokratischen Frauenkomitees die Unterschrift und den amtlichen Stempel eines Fürsorgerats. (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der E.L.) Bei den Wahlen ist man sogar soweit gegangen, Sanitätsautos in den Dienst der Wahl zu stellen. St.R. Tandler möge sagen, was ein solcher Wagen pro Tag kostet. GR Hörmayer stellt den Antrag, allen 70 Jahre und darüber alten erwerbsunfähigen und hilfsbedürftigen Befürsorgten den höchsten Unterhaltsbeitrag von 56 Schilling im Monat anzuweisen. Er beschwert sich sodann darüber, dass die Wege zu Allerheiligen mangelhaft gereinigt sind. Auch sonst liegt vieles bei der Friedhofsverwaltung im Argen. Im letzten Sommer ist es bei einem Leichenbegängnis beim III. Tor des Zentralfriedhofes passiert, dass als das Sarg ans Grab getragen wurde, sich herausstellte, dass das Grab gar nicht aufgeschüttet war und das Leichenbegängnis daher auf den nächsten Tag verschoben werden musste. (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der E.L.) Mit grossem Nachdruck verlangt der Redner, dass St.R. Tandler darauf sehen möge, dass die Kriegsgräber in Ordnung gehalten werden, wie dies jede kleine Gemeinde aus Eigenem tue (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR Pfeffer bezeichnet das Referat des St.R. Tandler als ein medizinisch wissenschaftliches Exposé mit einem leichten sozialen Einschlag, das sich fern von der Vertretung des Voranschlages selbst gehalten habe. GR Pfeffer befasst sich mit den Ziffern des Voranschlages der Verwaltungsgruppe III und stellt fest, dass für die Erwachsenen- und Jugendlichenfürsorge fast 54 Millionen verausgabt werden. Das ist eine sehr achtbare Leistung. Es ist aber sehr traurig, dass die Gemeinde es notwendig hat, so ungeheure Ausgaben für die soziale Fürsorge zu leisten und es stellt der sozialdemokratische Verwaltung kein besonders gutes Zeugnis aus, dass unter ihrem Regime Fürsorge in einem solchen Ausmasse notwendig ist. Trotz der hohen aufgewendeten Ziffern ist aber die Fürsorgebedürftigkeit nicht herabgemindert worden, sie ist im Gegenteil gestiegen. Die Klage des Stadtrates über den Geburtenrück-

gang mutet aus dem Munde eines Angehörigen der sozialdemokratischen Partei sehr eigenartig an, die einerseits alles tut, um die Bevölkerung über die Verhütung der Konzeption und die Beseitigung der Befruchtung aufzuklären, und andererseits an der wirtschaftlichen Notlage, die eine der wesentlichsten Ursachen des Geburtenrückganges ist, die Hauptschuld trägt. GR Pfeiffer schliesst sich sodann den Klagen des GR Prinke über die Benachteiligung der bürgerlichen Sportvereine an und stellt fest, dass die viel kleinere ebenfalls sozialdemokratisch verwaltete Gemeinde Linz den nichtmarxistischen Sportvereine um 1750 Schilling mehr zugewendet habe als die Gemeinde Wien. St. R. Tandler selbst soll mit diesem Vorgehen nicht einverstanden sein, und sich der sozialdemokratischen Partei gegenüber hier wiederholt zur Wehr gesetzt haben. Die sozialdemokratischen Sportorganisationen wurden in ganz überflüssiger Weise gegründet, da es genug Organisationen gegeben hat, in denen man Sport treiben konnte. Man hat den bürgerlichen Vereinen zum Vorwurf gemacht, dass sie nicht für die Masse des Volks bestimmt, sondern nur auf Höchstleistungen eingestellt sind. Immerhin sind im Hauptverband für Körpersport 21 österreichische Sportvereine mit 87.000 Mitgliedern vereinigt, andererseits haben die sozialdemokratischen Sportorganisationen den bürgerlichen gerade das nachgemacht, was sie den bürgerlichen zum Vorwurf gemacht hatten. Das trifft bis auf den Missbrauch des Wortes Olympiade zu. Besonders schlecht werden in Wien Turner behandelt, obwohl die die ersten waren, die die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die Leibesübungen gelenkt haben. Dabei sind die Turner gar nicht parteipolitisch, sondern bloss national eingestellt. In Wien erhält die nationale Turnerschaft ein Drittel dessen, was sie in Linz bekommen. Aber auch bei der Vergebung der Turnsäle wird die nationale Turnerschaft ausserordentlich benachteiligt. GR Pfeiffer beklagt sich sodann darüber, dass die Mitarbeit des Stadtkonbeirates an der Erbauung des Stadions eine rein formelle sei, weshalb er als ein Mitglied dieses Beirates es ablehnen müsse, die Verantwortung für das Stadion mitzutragen. Die Aeusserungen ausländischer Fachmänner darf man nicht, wie es St. R. Tandler getan hat als Beweis dafür, wie gut das Stadion gebaut sei, anführen, da Gäste, denen nur unsere Einrichtungen gezeigt werden, schon aus Höflichkeit keine abfällige Kritik üben werden. Vor allem muss an dem Stadionbau kritisiert werden, dass zuerst die grosszügigen Tribünen in den Plänen festgestellt wurden, und dass man sich erst nachträglich bemüht hat, die Einrichtungen in den freiwerdenden Raum hineinzubringen. So sind Schwierigkeiten entstanden, die wohl nie werden vollständig behoben werden können, und zwar ist alles das geschehen, weil man in aller Hast das Stadion für die Arbeiterolympiade fertigstellen wollte. Der Redner fragt den St. R. Tandler, ob es richtig ist, dass die Eröffnung des Stadions nicht eine Festlichkeit für die gesamte Bevölkerung, sondern mit der Eröffnung der Arbeiterolympiade zusammengelegt werden soll (Lebhafte Beifall bei der E. L.)

GR. Dr. Arnold (E. L.) bemerkt, seit 10 Jahren verlange seine Partei die Zusammenarbeit der öffentlichen und der privaten Fürsorge, nicht zum Schaden der Befürsorgten und nicht zum Schaden der Wiener Finanzen. Da werden z. B. in Pottendorf in den Herten der Frohen Kindheit 259 Kinder

Kinder befürsorgt und die Auslagen machen im ganzen 5700 Schilling aus, In den städtischen Härten sind rund 2700 Kinder untergebracht, das ist etwas mehr als das Zehnfache, aber für das Personal allein wird rund das Hundertfache ausgegeben (Hört! Hört! bei der E. L.) Warum lässt man da die städtischen Horte nicht auf und übergibt die Kinder nicht den privaten Kinderhorten? Wir verlangen, dass alle Fürsorgewerke in der gleichen Weise bei Zuwendung von Lokalen und bezüglich der Subvention berücksichtigt werden. Der Redner stellt den Antrag, dass ebenso wie für den Verband für freiwillige Jugendfürsorge auch für die in diesem Verband nicht vertretenen Organisationen der katholischen Jugendfürsorge, welche zumindest ebensoviel leisten ein Subventionsbetrag von 80.000 Schilling in den Voranschlag eingesetzt werde. (Lebhafte Zwischenrufe. - GR. Jenschik: Was leistet der Bund?) Der Bund hat erst, nach dem Sie die andersgesinnten Organisationen nicht berücksichtigt haben, sich auf den Standpunkt des Zahn um Zahn gestellt. (Lebhafte Zwischenrufe. - Dr. Danneberg: Im Parlament wird über die Subventionen des Bundes nicht ein Wort berichtet und hier reden Sie so! Das ist der Geheimfonds des Herrn Schmitz!) Diese Nichtberücksichtigung der nichtsozialdemokratischen Organisationen hat auch eine kulturelle Seite. Man erlebt Woche für Woche den Druck des Gewissenszwanges, des auf den Leuten lastet. Es ereignen sich da herzerschütternde Fälle. Da liegt im Tuberkulosepavillon eine Frau im Sterben, deren Mann vor zwei Jahren an Tuberkulose gestorben ist. Von den 4 Kindern waren 2 bei Kosterschwestern untergebracht und es war im Sinn der Mutter ihre christliche Erziehung garantiert. Nun wurde der sterbenden Mutter gemeldet, dass ihre Kinder aus dieser Anstalt herausgenommen werden sollen, die Gemeinde Wien werde dorthin keine Verpflegskosten mehr bezahlen und die Kinder werden auf Verpflegeteilen bei sozialdemokratischen Familienuntergebracht werden. Händeringend hat uns die Sterbende gebeten, die Kinder doch nicht herzugeben, sie lieber umsonst zu behalten. Wir haben diesem Begehren einer sterbenden Mutter uns nicht verschlossen, Sie haben aber dem Wunsch einer sterbenden Mutter nicht Rechnung getragen. Wir halten daran fest, dass es ein Glaubensgut ist, dass jeder Mensch nach seinem Gewissen leben muss. Wir lehnen die Zeiten ab, wo ein Landesfürst auch die Weltanschauung und die Religion seiner Untertanen bestimmt hat. Aber heute bestimmt ein Finanzreferent, in welcher Weltanschauung Kinder christlicher Eltern erzogen werden sollen. Es muss ganz besonders aufreizend wirken, wenn das christliche Gewissen just durch einen nichtchristlichen Finanzreferenten vergewaltigt wird. Wir sind gezwungen, förmlich bei jedem Kind, dessen Eltern die Erziehung in einem katholischen Heim wünschen, einen Prozess mit der Gemeinde zu führen und es ist dann gewöhnlich so, dass die Gemeinde vor dem Prozess unfällt. Damit will man uns die Uebernahme von Pflöglingen in unsere Anstalten verleiden. Eigenartig ist auch die Behandlung, die unsere Anstalten bei der Steuerbemessung erfahren. So besitzen die Barmherzigen Brüder ein Zinshaus in der Alserstrasse. Anlässlich der Bodenwertabgabe hat der Magistrat den Quadratmeter Grund des zu dem Haus gehörigen Gartens mit 340 Goldkronen eingeschätzt. Die Spitalverwaltung hat gegen diese Einschätzung Beschwerde erhoben. Nun liess der Magistrat durch den gerichtlich beeideten Schätzmeister Max Hirschmann

die Schätzung vornehmen und dieser Herr schätzte den Quadratmeter mit 600 Goldkronen ein. Bemerkenswert muss werden, dass Gründe links und rechts von dem Hause anlässlich gerichtlicher Einschätzungen mit 180 bis 280 Goldkronen eingeschätzt worden sind. Wir müssen uns nun fragen, wer richtiger einschätzt, der Magistrat oder der Herr Hirschmann. Jedenfalls aber wird unsere Partei die Aufmerksamkeit der Justizverwaltung auf diesen gerichtlich beurteilten Schätzmeister lenken. Angesichts einer solchen Schätzung muss das Vertrauen der Bevölkerung in die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze auf das schmerzhafteste erschüttert werden. Auch die Parifikationsfälle werden in unglaublicher Weise behandelt. So wurde anlässlich einer Steuerbemessung der Festsaal der Döblinger Klosterschule mit dem Kursalon im Stadtpark verglichen. Wir müssen von Ihnen die strengste Einhaltung der Gesetze verlangen, wir können unter diesen Umständen Ihnen das freie Ermessen unter keinen Umständen zubilligen. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Körber (E. L.) spricht zunächst über den Bau des Stadions und bemängelt, dass anlässlich der Errichtung des Schwimmstadions wieder ein alter Baumbestand vernichtet wird. Die Besteuerung von Wohltätigkeitsvereinen ist eine unglaubliche. So wurde ein Wohltätigkeitsverein, der bis zu 120 Kinder bekleidet, anlässlich der Bescheerungsfeier mit einer Lustbarkeitssteuer von 150 Schilling belegt. So sieht die Unterstützung von wohltätigen Vereinen durch die Gemeinde Wien aus. Bei der Besprechung von Friedhofsangelegenheiten tadelt der Redner, dass das im Baumgartner Friedhof befindliche Ehrengrab für den Pfarrer Künstler, das seit dem Jahre 1902 stammt, wie ein Misthaufen aussieht. Der Bürgerspitalsfond wird von der Gemeinde allmählich ad absurdum geführt. Der Abgang bei der Post Bürgerspitalsfonds beträgt bis heute schon über 11 Millionen Schilling. Wenn das so weiter geht, wird die Post bald verschwinden. Einer solchen Gebarung muss das grösste Misstrauen entgegengebracht werden. Schliesslich tadelt GR. Körber, dass anlässlich der Notstandsaktion für Arbeitslose die Lebensmittelpakete und die Geldzubussen von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen bei ihren Gewerkschaften angesprochen werden müssen. Für solche Aktionen darf nur das Fürsorgeinstitut in Anspruch genommen werden. An der allgemeinen traurigen Wirtschaftslage ist das Wiener Abgabensystem schuld. Solange sie dieses System fortsetzen, solange können wir nicht für den Voranschlag stimmen. (Beifall bei der E. L.)

St. R. Professor Dr. Tandler erwidert zunächst auf die Vorwürfe, das Wiener Abgabensystem sei an der tristen Wirtschaftslage schuldtragend, dass die ganze Welt von einer schweren Wirtschaftskrise heimgesucht werde. Die betreffenden, von den Rednern der Minderheit vorgebrachten Vorwürfe seien <sup>daher</sup> zumindest unlogische Behauptungen. Dies trifft auch auf viele andere Behauptungen zu. Die Gemeinde verwendet in ihren Anstalten jährlich zwei Millionen Kilogramm frisches Gemüse. Ihr daraus einen Vorwurf zu machen, dass sie auch 11.000 Kilogramm Dörrgemüse verwendet, ist unlogisch, da es Tage gibt, an denen auf den Märkten frisches Gemüse nicht zu bekommen ist. Da müssen die Pflöglinge eben auch etwas zu essen bekommen. Ebenso ist die Anklage unstichhältig, wonach auch eine grosse Zahl von wohlhabenden Personen die Säuglingswäsche der Gemeinde beziehen. Eine Erhebung hat er-

geben, dass von den 11.000 Säuglingsoaketen, die im Vorjahr ausgegeben worden sind 98 an wohlhabende Personen gingen. Das spielt doch keine so grosse Rolle, dass man deswegen kostspielige Erhebungen durchführt. Ueber die Subventionen gibt die Gemeinde öffentlich Rechenschaft. Es wäre sehr zu wünschen, dass auch der Bund so vorginge, da man noch niemals erfahren hat, was mit dem Geld der Staatswehltätigkeitslotterie geschieht. Das Stadion wird nicht von der Gemeinde betrieben werden, sondern von einer eigenen Gesellschaft, in der alle drei Sportverbände Sitz und Stimme haben werden. Es ist unrichtig, dass das Stadion anlässlich der Arbeiterolympiade eröffnet wird. Der Betrieb wird viel früher aufgenommen werden. Der von Gemeinderat Dr. Arnold erwähnte Fürsorgefall kommt im städtischen Kataster gar nicht vor, aber es werden genaue Erhebungen gepflegt werden. Es muss aber festgestellt werden, dass die Gemeinde keineswegs die Verpflichtung hat, für Kinder die von anderen Stellen ohne Wissen und Zustimmung der Gemeinde übernommen werden, zu zahlen. Wir müssen verlangen, dass bevor ein Kind in eine Anstalt gebracht wird, die städtische Fürsorge gefragt wird. Es handelt sich da nicht ums Zahlen, sondern um das Prinzip. Sie haben Ihre Prinzipien, respektieren Sie auch unsere Prinzipien (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit). Der Vorwurf des GR. Körber, es würden von uns die Gewerkschaften gefragt, ob Unterstützte ihnen angehören, reduziert sich darauf, dass als vor drei Jahren die Gemeinde sich entschlossen hat, den Arbeitslosen rasch Unterstützungen zu geben, die beiden grossen Parteien vereinbart haben, dass dies durch die beiderseitigen Gewerkschaften gehen soll. Bisher wurde keinerlei Klage erhoben. Dieser Vorwurf zeigt aber, in welcher Weise man und einer parteipolitischen Handlungsweise bezichtigt. (GR. Millik: Sie haben, Herr Stadtrat am Beginn Ihrer Rede erklärt, es wäre höchste Zeit, dass die Menschen von heute Ihre Lebensweise ändern. Wir würden gerne einmal von einem Professor kostenlos erfahren, wie man das macht! - Lebhaftes Heiterkeit). Das kann ich im Gemeinderat nicht tun, ich bin aber gerne bereit, Ihnen darüber ein Privatissimum zu halten, wie lebe ich vernünftig. Ob Sie dazu nicht Ihr Mandat werden niederlegen müssen, weiss ich nicht (Schallende Heiterkeit). St. R. Tandler dankt zum Schluss allen seinen Mitarbeitern für die ungeheure Mühe und Treue, mit der sie ihn unterstützt haben (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

Die Abstimmung über die heute gestellten Anträge erfolgt morgen.  
In Erledigung der Tagesordnung referiert St. R. Speiser über den Entwurf eines Zusatzvertrages bezüglich der Kontrolle und Expeditor-schaffner der städtischen Strassenbahnen. - GR. Lehninger bemerkt, es handle sich hier um Ergänzung jenes Kollektivvertrages, der den Strassenbahnern so schwere Arbeitsbedingungen gebracht hat. Unterdessen ist man darangegangen, billige Arbeitskräfte einzustellen und heute sind von den 650 Unterbeamten nur 450 übrig. Damit wird diese Kategorie, die sich so grosse Verdienste erworben hat, auf dem Aussterbeetat gesetzt. In seinem Schlusswort tritt St. R. Speiser den Ausführungen des GR. Lehninger entgegen, wobei er erklärt, dass die geäusserten Befürchtungen nicht zutreffen werden. Der Antrag wird angenommen. Dann berichtet St. R. Speiser über den Kollektivvertrag über die Arbeits- und Lohnbedingungen im Brauhause der Stadt Wien. Dazu erklärt GR. Waldsam (E. L.), dass der neue Vertrag gegenüber dem alten eine Verschlechterung darstelle und einzelne Bestimmungen geradezu arbeiterfeindlich sind. St. R. Speiser stellt fest, dass der Vertrag auch materielle Begünstigungen enthält. Der Referentenantrag wird angenommen.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.

B